Klimaschutzprogramm als Entlastungsprogramm

Drucksache **21/4951** · eingebracht 2026-03-24 — Antragsteller: **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Klimaschutz | Soziale Gerechtigkeit | Mobilität | Energie

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, ein ambitioniertes, sozial ausgewogenes Klimaschutzprogramm als Entlastungsprogramm vorzulegen — mit konkreten Maßnahmen zur Beschleunigung des Erneuerbaren-Ausbaus, zum Verkehrswandel und zur energetischen Gebäudesanierung.

KERNFORDERUNGEN

- Rücknahme klimaschädlicher Gesetzespläne
- Tempolimit, Sozialticket und E-Mobilitätsförderung
- Priorisierung des Klimasondervermögens für Transformation

BEWERTUNG

9.0/10 GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag verbindet Klimaschutz konsequent mit sozialer Gerechtigkeit, Energiepreisentlastung und demokratischer Mitbestimmung. Er adressiert zentrale GWÖ-Werte: Ökologische Nachhaltigkeit (Emissionsreduktion, Erneuerbare), Soziale Gerechtigkeit (Sozialticket, Mieterschutz, Wärmepumpenförderung) und Transparenz & Mitbestimmung (Verweis auf breite gesellschaftliche Akteurskoalition). Die Forderung nach Priorisierung des Sondervermögens für Klima- und Transformationsinvestitionen stärkt auch die Dimension Solidarität (gemeinsame Zukunftssicherung) und Menschenwürde (Zugang zu bezahlbarer Energie als Grundvoraussetzung für Teilhabe).

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Verknüpfung von Klimaschutz und sozialer Entlastung
- Breite gesellschaftliche Legitimation durch Akteurskoalition
- Konkrete, umsetzbare Sofortmaßnahmen
- Rechtliche Fundierung im Klimaschutzgesetz

Schwächen

- Keine explizite Berücksichtigung von Natur- und Artenschutz (E3)
- Keine Nennung von Kreislaufwirtschaft oder regionaler Wertschöpfung (A2/A4)

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	++	·	·
B · FINANZEN	·	·	++	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	·	·
D · BÜRGER:INNEN	·	·	++	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	·	·	·

++ stark fördernd · + fördernd · ○ neutral · - widersprechend · -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D3 **Ökologische öffentliche Leistung** `Bewertung: +5`

Klimaschutz als Entlastungspolitik, Ausbau Erneuerbarer, Elektrifizierung, Energieeffizienz

D4 **Soziale öffentliche Leistung** `Bewertung: +5`

Sozialticket, Förderung emissionsfreier Mobilität, Schutz vor fossilen Preisexplosionen

D5 **Demokratische öffentliche Leistung** `Bewertung: +4`

Bezug auf breite gesellschaftliche Akteurskoalition (Caritas, DGB, VdK, BVMW etc.) als Legitimationsgrundlage

B3 **Ökologische Finanzpolitik** `Bewertung: +4`

Priorisierung des Sondervermögens für Klima- und Transformationsinvestitionen

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

WAHLPROGRAMM 3/10

Der Antrag widerspricht zentralen CDU-Kernpositionen: Ablehnung eines generellen Tempolimits (Q12, Q13), Kritik an der Abschaffung des Heizungsgesetzes (CDU fordert Flexibilität, nicht Rückbau), Skepsis gegenüber EEG-Novelle-Förderung (CDU betont Technologieoffenheit, nicht Solarpriorisierung). Keine Übereinstimmung mit 'Agenda für die Fleißigen' oder Bürokratieabbau.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 4/10

Teilweise Übereinstimmung mit ökologischer Verantwortung (Q16, Q17), aber fundamentaler Widerspruch zur Forderung nach Tempolimit und zum Verständnis von 'Technologieoffenheit' (Q20), das Kernkraft und Gas als Brückentechnologie einschließt — im Gegensatz zur Grünen Forderung nach schnellem Ausstieg.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CSU

WAHLPROGRAMM 3/10

Identisch mit CDU: CSU lehnt Tempolimit ab, setzt auf 'bezahlbares Bauen' statt Gebäudemodernisierungsgesetz, betont Technologieoffenheit (Q20–Q25). Keine Übereinstimmung mit Kritik an Koalitionsplänen.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 4/10

Wie bei CDU: partielle Übereinstimmung mit Klimaverantwortung (Q16, Q17), aber Widerspruch zu Tempolimit, Solarpflicht und Verkehrswende-Priorisierung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 0/10

Vollständiger Widerspruch: AfD lehnt Klimaschutz als 'Ideologie' ab, befürwortet Kohle und Kernkraft (Q20), lehnt Windkraft ab, fordert Remigration statt gesellschaftlicher Koalition. Der Antrag ist inhaltlich und ideologisch diametral entgegengesetzt.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM 8/10

Hohe Übereinstimmung: SPD fordert 'Klimaschutz, den sich jeder leisten kann' (Q27), betont Bezahlbarkeit erneuerbarer Energien (Q26), unterstützt Sozialticket-Idee (Q26: 'Klimageld'), und sieht Wind/Solar als günstigste Stromform (Q26). Kritik am 'Teuer-Heizen-Gesetz' entspricht SPD-Position gegen unsoziale Modernisierung.

> „Wir kämpfen für Klimaschutz, den sich jeder leisten kann. Mittlerweile wissen es alle: Nachhaltigkeit und Klimaschutz kosten. Alles so lassen, wie es ist, kostet mehr."
> SPD Regierungsprogramm Bundestagswahl 2025, S. 33

PARTEIPROGRAMM 7/10

Übereinstimmung mit Hamburger Programm: 'Nachhaltigkeit als Teil der Grundwerte' (Q32), 'sozialer Zusammenhalt' (Q32), 'gerechte Verteilung' (Q32). Tempolimit ist nicht explizit erwähnt, aber Sicherheit und soziale Gerechtigkeit sind Kernwerte.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 10/10

Der Antrag ist ein direkter, wortwörtlicher Ausdruck des Grünen Regierungsprogramms 2025: Klimaschutz als Entlastung (Q2), Verursacherprinzip (Q3), Stärkung des Klimaschutzes gegen Green Deal-Abschwächung (Q4), Investitionen über Deutschlandfonds (Q5). Alle Kernforderungen (Tempolimit, Sozialticket, Solarförderung, Netzausbau) sind dort explizit verankert.

> „Wir sorgen dafür, dass auch Mieter*innen mit knappem Budget eine moderne Heizung und eine verbesserte Dämmung bekommen."
> Grüne Regierungsprogramm Bundestagswahl 2025, S. 17

PARTEIPROGRAMM 10/10

Vollständige Übereinstimmung mit Grundsatzprogramm: 'planetare Grenzen' (Q6), 'sozial-ökologische Transformation' (Q8), 'Kosten gerecht und solidarisch tragen' (Q9), 'Klimaschutz als Menschheitsaufgabe' (Q6). Der Antrag verkörpert die GWÖ-Logik der Verknüpfung von Ökologie und Sozialem.

> „Die Kosten des Übergangs sollen gerecht und solidarisch getragen werden."
> Grüne Grundsatzprogramm 2020, S. 31

LINKE

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BSW

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM 2/10

Fundamentaler Widerspruch: FDP lehnt Tempolimit (Freiheit), staatliche Förderung (Marktwirtschaft), EEG-Förderung (Bürokratie) ab. Setzt auf Technologieoffenheit, nicht auf Erneuerbare-Priorisierung (Q21–Q25). Kritik am 'Netzpaket' steht im Widerspruch zur FDP-Forderung nach Infrastrukturausbau.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 2/10

Widerspruch zu 'individueller Freiheit' (Q21), 'Eigenverantwortung' (Q21), 'freier Marktwirtschaft' (Q21). Tempolimit und staatliche Förderung verstoßen gegen Kernwerte.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: die Pläne für Gesetzesänderungen im Bereich Stromnetze, Erneuerbaren-Ausbau und Gebäudeenergie sofort zurückzuziehen

> die Pläne für Gesetzesänderungen im Bereich Stromnetze, Erneuerbaren-Ausbau und Gebäudeenergie sofort zurückzuziehen und stattdessen ein gemeinwohlorientiertes Klimaschutzprogramm vorzulegen, das die GWÖ-Matrix 2.0 für Gemeinden als Bewertungsrahmen nutzt

Begründung: Stärkt die Verankerung in der Gemeinwohl-Ökonomie und macht die Zielsetzung transparent und messbar.

Vorschlag 2 von 3

Original: ein generelles Tempolimit auf Autobahnen einzuführen

> ein generelles Tempolimit auf Autobahnen einzuführen unter Einbindung von Bürger:innenräten zur partizipativen Ausgestaltung und sozialen Ausgleichsmaßnahmen

Begründung: Stärkt die Dimension 'Transparenz & Mitbestimmung' (D5) und 'Soziale Gerechtigkeit' (D4) durch partizipative Legitimation und sozialen Ausgleich.

Vorschlag 3 von 3

Original: für eine sozial gerechte Ausgestaltung der Förderung der E-Mobilität zu sorgen – und ausschließlich emissionsfreie Fahrzeuge zu bezuschussen

> für eine sozial gerechte Ausgestaltung der Förderung der E-Mobilität zu sorgen – mit besonderem Fokus auf Carsharing, ÖPNV-Integration und Förderung von E-Bikes sowie ausschließlich emissionsfreie Fahrzeuge zu bezuschussen

Begründung: Erweitert den sozialen Zugang (D4) und stärkt die Dimension 'Solidarität' (D2) durch gemeinschaftliche Nutzung und Radinfrastruktur statt reiner Individualmobilität.

Original-Antrag

Drucksache 21/4951

Klimaschutzprogramm als Entlastungsprogramm

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Deutscher Bundestag **Drucksache 21/4951**

21. Wahlperiode 24.03.2026

Antrag

der Abgeordneten Lisa Badum, Swantje Henrike Michaelsen, Dr. Julia Verlinden, Dr. Jan-Niclas Gesenhues, Michael Kellner, Julia Schneider, Dr. Armin Grau, Katrin Uhlig, Dr. Alaa Alhamwi und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klimaschutzprogramm als Entlastungsprogramm

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die vom Umweltbundesamt vor wenigen Tagen vorgestellte Klimabilanz 2025 sowie die Projektion für das Klimaziel 2030 beweist erneut: Deutschland ist zu langsam beim Klimaschutz. Die Lücke zur Zielerreichung 2030 ist nun noch größer geworden als das UBA im letzten Jahr noch angenommen hatte. Der Handlungsbedarf ist also inzwischen noch dringender.

Während die Bundesregierung argumentiert, für Klimapolitik fehle zuweilen gesellschaftliche Akzeptanz ist das Gegenteil der Fall. Sozialverbände wie der VdK, Caritas, Diakonie, Arbeiterwohlfahrt und der Paritätische Gesamtverband, Verbraucher- und Mieterschützer wie der Deutsche Mieterbund und die Verbraucherzentrale Bundesverband, Wirtschaftsverbände wie der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW), der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, der Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband, der Bauernverband, Haus & Grund und der Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI), Gewerkschaften wie ver.di, DGB Nord und die Gewerkschaft der Polizei sowie Verkehrsverbände wie der Verband deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), die Deutsche Verkehrswacht, der Deutsche Verkehrssicherheitsrat und die Verkehrsunfall Opferhilfe Deutschland e. V. kritisieren die klimaschädlichen Vorhaben der Bundesregierung und fordern klimapolitische Maßnahmen, die Deutschlands fossile Abhängigkeit reduzieren und die Energiepreise senken. Auch zahlreiche Umfragen machen deutlich: Klimaschutzmaßnahmen haben breite gesellschaftliche Unterstützung.

Das ist auch nicht verwunderlich, denn fossile Energien sind teuer und nur erneuerbare Energien, Energieeffizienz sowie Elektrifizierung machen das Leben jetzt und auf Dauer bezahlbar. Ein ambitioniertes Klimaschutzprogramm, das den Verbrauch von Kohle, Öl und Gas schneller reduziert, wäre bei der aktuellen fossilen Energiepreisexplosion also gleichzeitig auch ein wirksames Energiepreis-Entlastungsprogramm. Die Befreiung aus der fossilen Kostenfalle sollte oberste Priorität dieser Bundesregierung sein.

Laut Klimaschutzgesetz ist die Bundesregierung dazu verpflichtet, ein Jahr nach Beginn einer neuen Legislatur – also am 25. März 2026 – ein Klimaschutzprogramm vorzulegen, das Maßnahmen enthält, um die Zielerreichung bis zum Jahr 2030 sowie 2040 zu gewährleisten. Dabei haben die Maßnahmen des alten Klimaschutzpro-

gramms aus 2023 schon nicht ausgereicht: Das Bundesverwaltungsgericht hat die Bundesregierung am 29. Januar 2026 zur Nachbesserung verurteilt (www.bverwg.de/pm/-2026/05), da so die Klimaziele nicht erreicht werden.

Statt ihren Verpflichtungen nachzukommen ist die Koalition auf Geisterfahrt beim Klimaschutz und hält das Land in der fossilen Zeit fest. Die Bürgerinnen und Bürger müssen diese Politik auf ihren Strom- und Gasrechnungen, an der Zapfsäule und im Alltag teuer bezahlen. Eine langfristige und sichere Planung mit erneuerbaren Energien sowie Elektrifizierung und Energieeffizienz wäre die logische Antwort auf diese und die nächste Energiekrise, entlastet die Bevölkerung und Unternehmen von absurden Fossilpreisen, ermöglicht das Erreichen der Klimaziele und schützt so unsere Lebensgrundlagen und Wohlstand. Ein wirksames Klimaschutzprogramm wäre also ein mehrfacher Gewinn.

Trotzdem setzt die Bundesregierung lieber voll auf fossil und ignoriert die explodierenden Kosten für Öl und Gas: Sie will Strom aus Wind und Sonne abwürgen, Haushalte mit den Plänen zum Gebäudemodernisierungsgesetz, das eher ein Teuer-Heizen-Gesetz wäre, wieder von Öl- und Gasheizungen abhängig machen und die E-Mobilität mit dem Aus vom Verbrenner-Aus 2035 nachhaltig beschädigen. All das schafft massive Unsicherheit für Menschen und Unternehmen, die in Wärmepumpen, Dachsolaranlagen, Stromspeicher oder klimafreundliche Industrie investieren wollen. So droht Deutschland erneut, Zukunftsbranchen zu verlieren und den Hochlauf der grünen Technologien an sich vorbeiziehen zu lassen.

Investitionen in Energiesouveränität, Bezahlbarkeit und Klimaschutz sichern uns heute und morgen langfristig günstige Energie, sparen horrende Kosten für Klimaschäden und sind ökonomisch sinnvoller, als das Geld der Bürgerinnen und Bürger in den Taschen von Despoten, Kriegskassen und Mineralölkonzernen zu versenken.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Pläne für Gesetzesänderungen im Bereich Stromnetze, Erneuerbaren-Ausbau und Gebäudeenergie sofort zurückzuziehen, da diese die Klimaschutzlücke noch vergrößern und Strom und Wärme verteuern würden, also
   a. von dem geplanten „Netzpaket“ (Leak vom 7. Februar 2026) Abstand zu nehmen, weil dies den Ausbau der erneuerbaren Energien ausbremsen würde;
   b. keine „Abschaffung des Heizungsgesetzes“ vorzunehmen, wie von den Koalitionsfraktionen in Eckpunkten am 24. Februar 2026 angekündigt – und die Vorgaben zum erneuerbaren Heizen (§ 71 GEG) zu erhalten;
   c. die EEG-Novelle nicht dafür zu nutzen, die Solarenergie auszubremsen, wie es der am 26. Februar 2026 geleakte Entwurf vorsieht, sondern den Ausbau voranzutreiben und an der Förderung für kleine Solaranlagen festzuhalten;
2. im Sektor mit der größten Klimaschutzlücke und mit besonders belastenden fossilen Preisen – nämlich dem Verkehrssektor – mit folgenden Klimaschutzsofortmaßnahmen für sichere, saubere und bezahlbare Mobilität zu sorgen und
   a. ein generelles Tempolimit auf Autobahnen einzuführen;
   b. den Pakt zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs endlich anzugehen;
   c. eine bundesweite Lösung für ein günstiges Sozialticket zu ermöglichen (z. B. mit den Mitteln des europäischen Klimasozialfonds), um allen Menschen auf Dauer den Zugang zum klimafreundlichen ÖPNV zu verschaffen;
   d. für eine sozial gerechte Ausgestaltung der Förderung der E-Mobilität zu sorgen – und ausschließlich emissionsfreie Fahrzeuge zu bezuschussen;

3. das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität konsequent für zusätzliche Investitionen zu verwenden und dabei insbesondere Investitionen in Klimaschutz und Transformation zu priorisieren.

Berlin, den 24. März 2026

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333